



Klipp und Klar

Zürich: Demonstration gegen Covid-Zertifikat



In der Stadt Zürich kam es am Samstag, 30. Oktober 2021 zu einer unbewilligten Demonstration gegen die Corona-Massnahmen. Insbesondere das Covid-Zertifikat, sowie die damit verbundene indirekte Impfpflicht standen im Fokus der Kritik. Dem Aufruf, welche Tage zuvor in den sozialen Medien kursierte, folgten schätzungsweise 2000 bis 3000 Menschen. In der Zürcher Innenstadt kam es zu grösseren Verkehrsbehinderungen im Individualverkehr und öffentlichen Verkehr. Die Bürgerrechtskundgebung verlief friedlich.

In der Stadt Zürich ist es zu einer unbewilligten Demonstration gegen die Corona-Massnahmen gekommen. In den Tagen zuvor kursierte in den sozialen Netzwerken ein Flyer, auf welchem zu einer Kundgebung, ausgehend vom Zürcher Hauptbahnhof, aufgerufen wurde. Diesem Aufruf folgten dann schätzungsweise 2.000 bis 3.000 Menschen. Sie zogen friedlich durch den Zürcher Stadtkreis 1. Es gibt widersprüchliche Informationen, ob die Demonstration von der Polizei kurzfristig bewilligt wurde oder eben doch nicht. Auf einem Fahrzeug des Dialogteams der Stadtpolizei Zürich war die Aufschrift „Bewilligte Demonstration“ zu sehen. Allerdings hatten die Polizisten den Schriftzug abgestellt, als wir diesen filmen wollten.

In der Stadt Zürich kam es zu erheblichen Behinderungen im motorisierten Individualverkehr sowie im öffentlichen Verkehr. Im Einsatz standen neben der Stadtpolizei Zürich auch die Kantonspolizei Zürich, Angehörige der SBB Transportpolizei und der Securitrans. Seit der Einführung des Covid-Zertifikats kommt es in der Schweiz fast täglich zu Protesten. Diese sind bei der Regierung in Bern nicht gern gesehen und werden von der Polizei im Normalfall mit aller Härte bekämpft. Das einstige demokratische Vorzeigeland hat seinen Charakter verloren. Von den staatlich subventionierten Medien werden Regelbrecher öffentlich an den Pranger gestellt. Die Schweiz erlebt zur Zeit die größten sozialen Unruhen seit über 80 Jahren. Die sozialgesellschaftlichen Verwerfungen sind immens und es wird Jahrzehnte brauchen, um wieder eine intakte Gesellschaft herzustellen.

Am 28. November wird das Schweizer Stimmvolk erneut über das verfassungswidrige Covid-Gesetz abstimmen, welche dem Schweizer Bundesrat weitgehende Ermächtigungen gibt. Ob bei dieser Volksabstimmung tatsächlich alles mit rechten Dingen zu- und hergeht, darf bereits heute in Frage gestellt werden. Die Schweizer Landesregierung fährt eine groß angelegte Lügenpolitik und Schilder an der Straße werden unter anderem von Polizisten entfernt. Dies ist einer direkten Demokratie unwürdig, sollte doch die Polizei ideologieneutral sein. Für die nächsten Wochen sind in der Schweiz weitere Demonstrationen angekündigt.

von -

Quellen:

<https://www.youtube.com/watch?v=mdPZos9tSl8>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Coronavirus - Covid-19 - www.kla.tv/Coronavirus

#Demonstration - www.kla.tv/Demonstration

#Schweiz - www.kla.tv/Schweiz

#BlickUeberDenZaun - Blick über den Zaun - www.kla.tv/BlickUeberDenZaun

#Covid-19-Gesetz - www.kla.tv/Covid-19-Gesetz

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.